

# Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redakteur: J. G. Hartmann.

M 308.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme  
des Sonntags täglich Abends und ist  
durch alle Postanstalten zu beziehen.

Sonabend, den 29. November.

Preis für das Quartal 1½ Thaler.  
Insertions-Gebühren für den Raum  
einer gespaltenen Zelle 1 Neugroschen.

1851.

## Nachabonnement auf das „Dresdner Journal“ für den Monat December.

Zum 1. December d. J. sind die Stände des Königreichs Sachsen zu einem ordentlichen Landtage einzutreten. — Das „Dresdner Journal“ wird an den Sitzungen der Kammer über deren Verhandlungen, wie früher, stets in der Abends erscheinenden Nummer, und zwar möglichst ausführlich und auf die Landtagsacten gestützt, berichten. Wenn es die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert, wird der Raum des Blattes durch *Beilagen* erweitert werden.

Wie sehen uns deshalb veranlaßt, hiermit für Dresden auf unser „Journal“ ein besonderes Abonnement für den Monat December zu eröffnen. Der Preis für diesen Monat beträgt 15 Ngr., wofür das Blatt den Abonnenten Abends frei ins Haus gebracht wird. Bestellungen können nur in der Expedition angenommen werden.

## Die Expedition des Dresdner Journals.

### Tagesgeschichte.

Wien, 26. November. (Dest. Bl.) Se. k. k. Hofkult. Erzherzog Ferdinand Maximilian, Bruder Sr. Majestät des Kaisers, ist gestern über Triest nach Venedig abgereist, um an Bord der Fregatte „Venus“ mit dem k. k. österreichischen Übungsgeschwader in das mittelländische Meer auszulaufen. — Se. Königl. Hofkult. der Kurfürst Friedrich Wilhelm I. von Hessen-Kassel hat heute früh 8 Uhr mittels Nordbahn die Rückreise über Prag in seine Staaten angetreten. — Der zwischen Österreich und Sardinien bestehende Vertrag wegen gegenseitiger Verbündung des Schmuggels ist nach neuen Bestimmungen entworfen und wird darüber die weitere Verhandlung eröffnet. Man bringt mit diesem Gegenstand die Ankunft des Grafen v. Apponyi in Wien im Zusammenhang, da von beiden Regierungen eine schleunige Befristung des bisherigen Provisoriums angestrebt wird. — Die vom hohen Handelsministerium angekündigten Verhandlungen in Betreff des Zeitungspost's stellen als Resultat eine Aenderung des bisherigen Verfahrens der Markenfrankirung als wünschenswert dar. Man erwartet daher mit voller Zuversicht, daß vom nächsten Jahre an die Einhebung des Porto's, welches jedenfalls unverändert bleibt, gegen Abfertigungs- und Gegen-schneide erfolgen, das Verwenden der Marken aber befeitigt wird.

Die „Dest. Corresp.“ schreibt aus Wien, 26. November: Die „Allgemeine Zeitung“ bemerkte in einer ihrer letzten hier eingetroffenen Nummern, daß die Feuerprobe des Werthes der an hiesiger Störze vor einiger Zeit veröffentlichten *Reisetrikomma-Regeln* wesentlich darin bestehen werde, ob der infolge derselben eingetretene günstigere Stand der Valuten sich nachhaltig behaupten werde oder nicht. Einstweilen sind vierzehn volle Tage verstrichen und nichts ist vorgefallen, was den damals erzeugten Eindruck zu schwächen geeignet wäre. Überhaupt kommt es bei diesjährigen Beurtheilungen nur darauf an, sich auf den richtigen Standpunkt zu stellen. Ist es nämlich feststehend und ausgemacht, daß eine ungewöhnliche Agiotage den Stand des Agios auf eine unnatürliche Höhe hinaufzuschrauben bemüht war, so ist natürlich, daß Anordnungen, welche eben nur dazu dienen, das Agio in einem angemessenen Stande zu erhalten, abgesehen von ihrer anerkannten Gemeinnützlichkeit, keineswegs dem soliden Geschäftswerke die nötige Freiheit und Beweglichkeit entziehen könnten. Das haben die auswärtigen Börsen, welche auf den Wiener Platz so mächtig bestimmenden Einfluss üben, mit richtigem Takte erkannt. Sie haben einzelnen von hier ausgegangenen alar-mierenden Berichten keinen Glauben geschenkt, und die Notizen, welche von dorthin in den letzten Tagen eingingen, waren größtentheils befriedigender Art. Außerdem aber liegt es in der Natur der Sache, daß die Besitzer öster-reichischer Staatsobligationen, deren es so viele im Auslande gibt, bei allen bereits effectuirten und möglicherweise noch nötig werdenden Maßregeln und Einleitungen direct interessiert sind. Selbe garantieren ihnen nämlich den reellen Wert dessen, was sie besitzen. Dieses Interesse ist groß,

wichtig, vorzugsweise beachtenswert, und wenn der Vortheil einer gewissen Gattung von Bösespeculation damit nicht zusammengesetzt, so kann doch keinesfalls die Entscheidung zweifelhaft sein, daß jenes Interesse Schutz und Förderung von Seite der Regierungsautoritäten zu fordern und zu finden berechtigt ist. — Auf der heutigen Bösewichtschaft so gute Stimmung, daß Devisen namhaft zurückgingen und Silber mit 12½ notirt werden konnte.

Die „Neue Preußische Zeitung“ schreibt aus Berlin vom 27. November: „Mehrere, namentlich süddeutsche Blätter haben mit ostentatischer Wichtigkeit hervorgehoben, daß der Bundesbeschluß vom 7. d. M. wegen Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen unter alleinigem Dissen des königl. preußischen Gesandten gefasst sei. Wir können diese Angabe als wahre bestätigen, aber auch gleichzeitig unsere Willigung über den Standpunkt und die Auffassung der königlichen Regierung aussprechen, welche eine regelmäßige unbedingte Veröffentlichung wegen des Inhalts der Verhandlungen (auch mit Rücksicht auf diplomatisches Herkommen) meistens für ungültig, eine bedingte aber wegen der nothwendig aus einer Scheidung sich ergebenden Drüftigkeit und Mangelschärfigkeit für zwecklos, ja dem Anschein des Bundestages wenig fördерlich erachtete. Obwohl die Bundesversammlung von der Ansicht ausging, daß nach dem Beschuß vom 7. April 1848 die Bekanntmachung ihrer Verhandlungen die Regel bilde, hat sie sich doch in dem Beschuß vom 7. d. M. nicht für eine vollständige Offenheit entscheiden können, sie hat ihre Entschlußverlaufslinie. Wenn demnach selbst bei dem angenommenen Grundprinzip der Offenheit nur die Verhandlungen einer jeden Sitzung, „insoweit deren alsbaldiger Bekanntmachung nichts entgegensteht, ihrem wesentlichen Inhalte nach“, und die Sitzungsprotokolle „unter vorgängiger Ausscheidung desjenigen, was schlechtthin geheim zu halten ist“, veröffentlicht werden, so vermögen derartige beschränkte Publicationen, welche der dauernden Form nach als regelmäßige fortlaufende gelten, ein genügendes Urtheil über die Wirklichkeit der Bundesversammlung nicht zu gewähren, wir fürchten vielmehr, daß dem gewünschten Zwecke, „die öffentliche Meinung aufzuklären und zu berichtigten“, gerade entgegen durch die Unvollständigkeit Misstrauen hervorgerufen und die gesammte Thätigkeit des Bundestages nur nach dem zur öffentlichen Kenntnis gelangten Theile derselben beurtheilt werde. Wir können den gesafsten Beschuß, eben weil er nicht consequent innerhalb des aufgestellten Grundprinzips bleibt, nur als eine Halbwelt ansehen, und doch wäre es endlich Zeit, uns vom Halben zu entwöhnen — um „esfolzt zu leben“. Wer verspricht, zu geben, und nur einen Theil des Versprochenen giebt, hat keinen Dank, sondern nur Ladel zu gewärtigen, und die Zeiten sind nun längst vorüber, in denen der Senat von Venedig es durchsehen konnte, daß man ihn, so weit seine Macht reichte, weder lobte noch tadelte.“ — (Wir bemerken zu der vorstehenden Auslassung, daß nach der Ansicht anderer Regierungen die Mitteilung des Wortlautes der Abstimmungen der einzelnen Bundesglieder gerade für das wichtigste Mo-

ment bei der Veröffentlichung erschien ist und daß, insoweit es sich um Ausnahmen handelt, die durch die angedeutete „Rücksicht auf das diplomatische Herkommen“ etwa geboten sein sollten, hierfür die Form der vereinlichen Besprechungen, welche in der Geschäftskordnung ausdrücklich vorgesehen ist, die geeigneten Mittel zu ihrer Geheimhaltung an die Hand giebt. Allerdings mag die Mittheilung mancher motivierten Abstimmung etwas unbehaglich sein, aber gerade deswegen möchten wir dieselbe sehr willkommen heißen. D. Med. d. Dr. J.)

Berlin, 27. November. Heute fand die Eröffnung der Kammer statt. Nach Beendigung des Gottesdienstes begaben sich die Mitglieder beider Kammer gegen 11 Uhr in den weißen Saal des königlichen Schlosses. Der Ministerpräsident Herr v. Manteuffel begrüßte die Versammlung und verlas die Eröffnungsrede, in welcher es — nach dem die Abwesenheit des Königs aus den bekannten Gründen motiviert ist, — heißt:

„Die früher von der Regierung Sr. Majestät erlassenen Verordnungen, die noch nicht Ihrer Prüfung unterbreitet waren, werden Ihnen folglich wieder vorgelegt werden. Die gewissenhafte Anwendung der durch die bestehenden Gesetze gebotenen Mittel und der in allen Schichten der Bevölkerung erstaunende Sinn für Ordnung und Gesetzmäßigkeit hat die Regierung Sr. Majestät in der seit dem Schlusse Ihrer letzten Sitzung verflossenen Zeit der Pflicht überheben, von der Befugniß zu solchen Verordnungen Gebrauch zu machen oder Ausnahmestände einzutreten zu lassen. Der Staatshaushaltsetat pro 1851 der Ihrer verfassungsmäßigen Beschlusssatzung baldig unterbreitet werden soll, weist für die Armee eine unumgänglich gebotene Mehrausgabe nach. Indem sich die Regierung Sr. Majestät weitere Erläuterungen hierüber vorbehält, gereicht es ihr zur Genugthuung, schon jetzt erklären zu können, daß die wachsenden Einnahmen zu dieser Mehrausgabe hinreichende Mittel bieten, und daß die finanzielle Lage des Staats überhaupt eine befriedigende ist. Die großartige Ausstellung der Gewerbszeugnisse aller Völker in London, zu welcher die Regierung Sr. Majestät bereitwillig mitwirkte, bat von dem hohen Grade der Entwicklung, welchen bei uns die Landwirtschaft, die Gewerbe und der Kaufleib in verschiedenen Richtungen erreicht haben, von Neuem ein erfreuliches Zeugnis gegeben.“

Zwischen der Regierung Sr. Majestät und den Regierungen der übrigen zum Zollverein gehörigen Staaten sind Abänderungen des gemeinschaftlichen Zolltarifs vereinbart worden, welche hauptsächlich die Zollbefreiung ausländischer Fabrikmaterialien und die Ermächtigung des Durchfuhrhandels zum Zweck haben. Zu gleicher Zeit ist mit den Regierungen von Bayern, Baden, Großherzogthum Hessen und Nassau eine Vereinkunft wegen gegenseitiger Gemäßigung der Rheinzölle abgeschlossen. In der sicherer Erwartung Ihrer nachträglichen Zustimmung hat die Regierung Sr. Majestät beide Vereinbarungen zur Ausführung gebracht. Wie die Maßregeln, so wird auch der Vertrag, welchen die Regierung Sr. Majestät mit dem Königreich Sardinien geschlossen hat, einen wohlthätigen Einfluß üben, während der am 7. Sep-

### Scuilletton.

#### Der sociale Philister

von W. H. Richl.

(Schluß)

Es ist eine der bemerkenswertesten Erscheinungen des sozialen Philisterthums, daß viele Handwerkleute sich ihres Berufes als Arbeiterschämen, daß sie Fabrikanten, Kaufleute u. dgl. sein wollen, daß sie die Würde ihres Berufes nicht mehr messen nach dem Talente und der Arbeitskraft, sondern nach der Größe des im Geschäft stehenden Kapitals. Darin befindet sich der Absatz des Bürgerthums von sich selbst. Ihr schwimmt der Schneider, wenn ihr ihn einen Schneider nennt. Der sociale Philister in ihm fühlt sich dadurch geträumt. Er ist ein Kleidermacher, ein Kleiderfabrikant. Er weiß gar nicht mehr, daß das Wort „Schneider“ sonst seiner Abstammung nach etwas mit Höhern bezeichnet, als einen Kleidermacher. Der „Schneider“ ist der Mann von Genie, der Meister, der den Plan zum Rocke entwirkt und mit der Schere zurecht „schneidet“; die Gesellen und Lehrlinge dagegen, die das Vorgeschnitten zusammenführen, sind die eigentlichen „Kleidermacher“. Aber in aufsteigender Linie schimpft ihr den großstädtischen Schneider selbst dann noch, wenn ihr ihn einen „Kleidermacher“ nennt: er ist Kaufmann, er hält ein „Magazin von Kleidern“. So ganz und gar ist hier der alte Stolz auf die Kunstschriftigkeit, als den höchsten Ruhm des Bürgerthums, verloren gegangen, und der Philister schäzt nur noch das Kapital im Geschäft, nicht den Beruf als solchen! Als ob nicht ein ganz anderer Mann dazu gehörte, einen Rock eigenhändig zu machen, als gesetzte Röcke zum Verkaufe

auszubieten, was doch der legitime Trödeljude gemeinhin am allerbesten versteht! Spottnamen für die einzelnen Gewerbe gab es wohl, so lange es Gewerbe gick, und Meister Geißbock und Viehdrah sind viel älter als der sociale Philister. Aber daß der ehrbare Name eines Gewerbes als solcher, wie jetzt zum Beispiel Schneider und Schuster, schier als ein Spottname gilt, dies ist eins der bedenklichsten Symptome bei der Seuche des sozialen Philisterthums.

Aber noch mehr. Der Philister bleibt nicht bloß dabei stehen, den Namen des Berufs zu falschen, auch in jeglichen Geschäftsbetrieb selber dringt er lästig und verderblich ein. Da will ein Exemplar für hunderte hervorheben, den Bürger Kaufmann und den Philister Krämer. Es ist noch gar nicht lange her, daß der höhere Gebildete, wenn er vom „mercantilischen Geiste“ sprach, an einen Geist der Barbarei dachte, der Talent und Bildung nach Thalern und Groschen abschätzte, und dessen ganze Mentalität darin bestand, Waare in Gewinnen einzulaufen, um sie nach Pfunden wieder auszuwählen. Welch ein Kontrast gegen die bürgerlichen Ehren des Kaufmannsberufes in früheren Jahrhunderten! Es ist aber der Philister gewesen, welcher mittlerweile in den deutschen Kaufmann gefahren war und ihn in der That großthieblich zu einem solchen Krämer gemacht, der nichts weiter nötig hatte als etwas gesunden Menschenverstand, die vier Species und ein Betriebskapital. Wer viele Tausende im Handel jährlich umsetzt, den nennt man gewöhnlich einen Kaufmann, und wer es nur mit wenigen Hunderten kann, einen Krämer. Das ist eine geistlose Unterscheidung. Es gibt Krämer, die einen umfassenden Großhandel treiben, und Kaufleute, die nur einen kleinen Kram be-

#### Die Quartettakademien,

welche Herr Concertmeister Lipinski, Herr Kammermusikus Lummer u. c. angekündigt haben, sind durch die früher gewährten Genüsse als schön vollendete Kunstproduktionen der Erinnerung der Musikkreunde zu wohl gegenwärtig, um noch speziell daran hinzuweisen zu müssen. Ist Dresden aber in einem bevorzugten Punkt so meisterhafter Quartettleistungen, so wird dadurch auch eine hochschwängere Anerkennung zu einer angenehmen Verpflichtung, die sich am besten durch die vielseitige Teilnahme eines empfänglichen Publicums bewähren kann, um die jährlichen Aufführungen dieser den edelsten Schöpfungen der Kunst gewidmeten Productionen möglich zu machen. Hierzu zu erinnern scheint nicht überflüssig, daß es würde keinen ersten Beweis von dem in Dresden verrichtenden musikalischen Geschmacke abgeben, wenn gerade hier ein jährlicher Cyclus solcher Quartettakademien sich nicht möglich erwiese, während Leipzig, Berlin, Wien sich reuz sehr wohl zu erhalten wissen. Seitdem die Nomadenzüge des fahrenden Virtuosenthums, welche in der Kolonie mit ihrer eigenen kleinen Persönlichkeit die Spize ihrer Kunstreihungen fanden und durch den Einfluss der Zeitereignisse und die Ermodung des Modegeschmacks glücklich verschwunden sind, ist es eine Aufgabe der gebildeten Musikkreunde, die der Vermietung wahrer Kunst zugewandten Erfreibungen um so mehr zu unterstützen und zu beweisen, daß die Erkenntnis schöner und klassischer Musik unter dem Unkraut und durch die Plastizität jenes vagabundirenden Modegeschmacks nicht Schaden gelitten hat.

G. Band.

tember d. J. mit dem Königreich Hannover abgeschlossene Vertrag der Entwicklung des ganzen Zollvereins eine neue, für alle Zweige der Produktion und des Handels hoffnungsvolle Zukunft eröffnet. Zur wahren Genugthuung gereicht es hierbei, daß die gewichtigsten Stimmen im Norden wie im Süden Deutschlands die Bedeutung eines Schrittes, den Preußen im wohlverstandenen Interesse aller Beteiligten gethan, richtig erkannt haben, und es ist nicht zu bezweifeln, daß die nahe bevorstehenden Verhandlungen über die Neugestaltung des Zollvereins zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis und somit dem Ziele, einer Vereinigung aller deutschen Staaten, näher führen werden. Ueber alle diese Angelegenheiten werden Ihnen zu Ihrer verfassungsmäßigen Beschlussnahme ungesäumt Vorlagen gemacht werden.

Die Einberufung der früheren Provinziallandtage, als interimsistische Provinzialvertretungen zur Wahl der durch das Gesetz über eine klassifizierte Einkommensteuer notwendig gewordenen Bezirkskommissionen und zur Wahrnehmung ihrer kommunalstaatlichen Verpflichtungen, hat der Regierung Seiner Majestät zugleich Gelegenheit geboten, über die gegen die Einführung der Gemeindeordnung erhobenen gewichtigen Bedenken das Gutachten von Versammlungen einzuhören, die vorzugsweise befähigt sein müssten, über die hierbei in Betracht kommenden praktischen Verhältnisse zu urtheilen. Ein reiches Material ist, als das Ergebnis jener Berathungen, bei den Gesetzesvorlagen, die Ihnen über diesen Gegenstand zugehen werden, sorgfältig benutzt worden.

In einigen Theilen der Monarchie ist leider ein ungünstiger Ausfall der Ernte zu beklagen gewesen und eine hierauf gegründete Besorgniß hat sich auch in verschiedenen Anträgen an die Regierung Seiner Majestät ausgesprochen. Diese hat aber jeden Eingriff in den freien Verkehr und in die Rechte des Eigentums, als einen Weg vermeiden zu müssen geglaubt, der das Uebel verschlimmert, statt es zu mildern, und geht sich auch jetzt noch der Hoffnung hin, daß die Freiheit des Verkehrs einerseits und die vernünftige Wirtschaftlichkeit eines intelligenten Volkes andererseits ihre Hilfe ganz entbehrlich machen werden. Ueber mehrere andere Vorlagen behält sich die Regierung Seiner Majestät vor, bei ihrer Einbringung nähere Mittheilung zu machen.

Meine Herren! Se. Majestät der König, unser Allergräßigster Herr, haben mir noch den befehlenden Auftrag erteilt, unter dem Ausdruck Alleschönstes Bedauerns, Sie heute nicht persönlich begrüßen zu können, Ihnen die zuverlässliche Erwartung Seiner Majestät auszusprechen, daß Sie auch dieses Mal in Eintracht und Treue an dem Wohle des Landes bauen und zur Erfüllung derjenigen Bedingungen beitragen werden, unter denen allein eine geheime, kräftige und selbstständige Entwicklung Preußens möglich ist. Und hiermit erkläre ich denn kraft des mir Alleschönstes erhaltenen Auftrages die Sitzung der Kammern für eröffnet.

Gleich nach dieser Feierlichkeit fanden in beiden Kammern Sitzungen statt. In der ersten Kammer wurde der Graf Ritterberg mit 107 unter 117 Stimmen zum Präsidenten gewählt; in der zweiten wurde nur die Zahlung der Mitglieder ( deren Resultat jedoch nicht bekannt gemacht wurde) und deren Verweisung in die einzelnen Abtheilungen vorgenommen.

Die „Wef. 3.“ schreibt aus Köln, 24. November: Die Londoner Weltausstellung hat für die Rheinprovinz sichtlich segenstreiche Folgen gehabt. Eine Menge neuer Verbindungen sind angeknüpft und die Aufträge, die auf diese Weise eintreffen, waren besonders angenehm, da im Uebrigen der Absatz in Ebersfeld, Eschfeld schon bedenklich zu stocken begann.

Hannover, 25. November. Die „M. Pr. 3.“ schreibt: Die auf den 2. & 3. convocirten allgemeinen Stände werden nur kurze Zeit hier versammelt sein, um einige nothwendige Modificationen unserer Landesverfassung zu beschließen.

— Stuttgart, 25. November. Die „M. Pr. 3.“ schreibt: Die Abgeordnetenkammer gestern und heute die Berathung des Staats des Kriegsdepartements geslossen hat, ist in der That zu charakteristisch für das Treiben unserer (ob bloß unserer?) Opposition und für die Stellung, welche dieselbe, aller trüben Lehren der jüngsten Vergangenheit uneingedenkt, unserer Regierung mehr und mehr abnöthigen wird. Gestern kam der bereits vielversprochene Bericht der sogenannten Militärccommission zur Berathung. Der Kriegsminister v. Miller trat den vorgeschlagenen Abänderungen, die noch dazu erweisen, statt Ersparnissen, Mehrausgaben herbeiführen würden, entschieden entgegen. Nach langer Debatte nimmt aber gleichwohl die Kammer den Com-

missionssantrag an, die königliche Regierung um baldigste Ausführung der wünschenswerten und als möglich erkannnten Reductionen zu ersuchen. Bevor nun auf die Berathung des Staats im Einzelnen eingegangen wurde, hielt es doch der Kriegsminister für nötig, einige allgemeine Bemerkungen vorauszuschicken. Die Act — sagte er — wie gegenwärtig in den Kammern der deutschen Staaten der Militärcrat von Laien berathen werde, sei in hohem Grade zu beklagen, denn gerade das Militärcwesen erfordere Techniker zur Beurtheilung. Er erklärte sich zum voraus gegen alle etwaigen Abfälle, sowie für die Beibehaltung der von dem Ministerium erzielten Pferdegeldschädigung als Minimumszulage für die bei uns verhältnismäßig am knappsten besoldeten Stabsoffiziere; auch erklärte er Namens der Staatsregierung, daß er diesen Anträgen, welche gegen die Bundespflichten laufen, nie zustimmen, und daß er, der Minister, derartige Beschlüsse der Kammer nicht ausführen werde. — Aber alles dies feuchte nichts. Gleich bei h. 3 des Staats regte Pfeifer die Frage wegen des dem früheren Minister zur Last gelegten Erfahrs von nicht bewilligten 885 fl. Gehaltszulage an den Artilleriecommandanten an, und in seinem Antrage, diese Frage wegen des vermeintlich vorliegenden Bewilligungsrchts der Stände an die staatsrechtliche Commission zu verweisen, stimmte absehbar der Chorus Mohl, Röddinger, Feuer, Probst u. s. w. ein. Der Staatskath. v. Linden sah sich zu der Erklärung genötigt: wenn die von mehreren dieser Abgeordneten aufgestellten Grundsätze richtig wären, so könnte kein Minister ruhig mehr 24 Stunden im Amt bleiben oder die Regierung würde zu einem bloßen Vollziehungsorgan der Beschlüsse der Stände; ihm sei es übrigens sehr lieb, wenn die staatsrechtliche Commission über diesen Punkt berichte. Das letztere wird auch beschlossen und so haben wir einer neuen Prinzipielle Diskussion entgegengesehen. — In ganz gleicher Weise ging es in der heutigen Sitzung weiter. Das Kriegsministerium hielt die Kosten der Rüstungen im Spätherbst 1850 mit 144,000 fl. durch die Bundespflichten gerechtfertigt; nach langer Debatte nahm aber die Kammer, mit Stichentscheid des Präsidenten Römer, den Antrag Stockmaier's auf Einbringung einer besondern Erigenz dorwegen an. Bei einem andern Punkte wegen der Präsenzhaltung, die die Kammermehrheit für zu hoch, die Regierung aber für zu niedrig gegenüber den Bundesbestimmungen erachtet, kam es nach langer Debatte zu einer Abstimmung, die gar kein Refuzit in der Sache selbst herbeiführte. Ein Pferdegeldschädigung endlich für die Reiteroffiziere von ungefähr 14,000 fl. — ein offensichtlicher Act der Gerechtigkeit, ganz analog den Entschädigungen unserer Civildiener sowohl als der Militärs in allen andern Staaten — wurde mit 63 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Daneben kam es noch zu den minutösen Erörterungen, wie z. B., ob durch Haltung von 7 Bedienten für ebenso viele Generale der Präsenzstand erhöht werde. Kurz, wenn diese Berathung so fortgesetzt wird, so ist sie das vollendete Aermuthzeugnis für die constitutionelle Beschädigung unserer Kammermehrheit, wo nicht — der Vorläufer zu einem Todtentheil für die Kammer!

Karlsruhe, 25. November. (D. P. A. B.) Dem Vernehmen nach werden die Kammern am 9. December d. J. zusammengetreten.

Darmstadt, 24. November. Die zweite Kammer trat heute in die allgemeine Berathung des Gemeindewahlgesetzes, welche einem früheren Beschuß der Kammer zufolge der Berathung des Reichschen Antrags in Betreff der Grundrechte und der über das landständische Wahlrecht vorgehenden sollte, ein. Nach fünfstündiger Debatte wurde der Antrag der Minorität des Ausschusses auf Ablehnung des ganzen Entwurfs, ohne Eingehen ins Einzelne, mit 25 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

— 25. November (D. P. A. B.) Heute beriehlt die erste Kammer den Gesetzentwurf wegen eines Nachtrags zu dem Gesetz vom 30. Juli 1848, die Aufgabe der Grundrentenscheine (die unser Papiergeld sind) bestreitet. Die zweite Kammer hatte diesen Gesetzentwurf mit Abänderungen angenommen, und es dabei die Staatsregierung anheimgegeben, auch Stücke von 2, 10 und 20 Thaler anfertigen zu lassen. Diesen Beschlüssen, mit denen auch die Regierung einverstanden war, trat die erste Kammer einstimmig bei.

Mainz, 24. November. (D. P. A. B.) Se. Majestät der König von Bairen hat, auf Antrag des Ministeriums, die am 29. September 1845 zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Ludwigshafen an die gross. hessische Grenze bei Worms ertheilte königl. Concession, auf Grund

des §. 11 der Gesellschaftsverträge und der erfolgten Terminbestimmungen vom 20. April 1847, wegen Unterlassung des Bahnbaues wieder zurückgenommen. Zugleich ist, der allerhöchsten Genehmigung des Königs gemäß, der Aktiengesellschaft für die pfälzische Ludwigsbahn bedeutet worden, sich näher zu erklären, ob und unter welchen Bedingungen sie den Bau der Ludwigshafen-Wormser Bahn zu übernehmen bereit sei, und wurde die fragliche Gesellschaft zugleich aufgefordert, ihre Erklärung an höchster Stelle möglichst bald abzugeben, damit im Fall noch dem gegenwärtigen Landtage die betreffenden Gesetzesvorschläge zur Annahme unterbreitet werden können.

Oldenburg, 25. November. (Wef. 3.) Die zweite evangelische Landessynode hat nach etwa 14tägigen Verhandlungen in der gestrigen Abendtagung bis nach Beendigung des gegenwärtigen Landtags sich vertagt. Die Abstimmungen darüber hatten sich lange im Gleichgewicht gehalten. Die Rechte wollte die jetzige Synode geschlossen, jedoch eine Commission gewählt haben, welche die Revisionsfrage in Erwügung nehmen und ihre bestallten Vorschläge einer neu gewählten Versammlung vorlegen sollte. Die Linken wollte die etwa erforderliche Revision von der jetzigen Synode vorgenommen wissen. Nach dem endlichen Ergebnisse der Abstimmung siegte die letztere Partei. — Heute fand die erste vorbereitende Landtagssitzung statt.

Gera, 26. November. (D. A. B.) Die Landesversammlung hat heute über die bekannten Regierungsvorlagen (Nr. 306) abgestimmt. Es ergaben sich für dieselben 10, gegen dieselben 8 Stimmen. Infolge dieser Abstimmung haben sechs in der Minderheit gebliebene Mitglieder das Landtags ihren Austritt erklärt.

Aus Flensburg, 24. November, wird in der „Alt. Zeit.“ das vom „H. C.“ verbreitete Gerücht von der Abschreibung einer neuen Grundsteuer für Schleswig im Betrage von  $\frac{1}{2}$  Prozent des Grundwerts vollständig dementirt.

Bremersdorf, 24. November. (Wef. 3.) Am Freitag und Sonnabend voriger Woche sind fünf Schiffe der deutschen Marine: die „Hansa“, der „Baccara“, der „König Ernst August“, die „Eckernförder“ und der „Erzherzog Johann“, welche die große neue Schleuse ohne alle Schwierigkeiten passierten, in unsern neuen Hafen dock gelegt worden.

Frankfurt, 22. November. (Raff. 3.) Der kais. Feldmarschallleutnant Graf Leiningen-Westenburg und der kais. Oberstleutnant Ruf sind von hier abberufen worden. Ersterer geht nach Krakau und wird dort Oberkommandant und letzterer kommt nach Wien in den Generalstab. Sehr ungern verläßt man hier beide Offiziere.

— Frankfurt, 25. November. Ein Kommentar zu der bereits durch die Blätter bekannt gewordenen nachträglichen Erklärung des Abgeordneten Österreichs in dem technischen Bereich sowie zu dem ganzen Verhalten Österreichs bei den Erörterungen über handelspolitische Materien dürfte hauptsächlich in der Thatache der unklaren Stellung zu suchen sein, welche Preußen zu dem Entwurf für einen Vertrag über Handels- und Verkehrsleichterungen bis zu dem Augenblick des Zusammentretens der handelspolitischen Sachverständigen in Frankfurt einnahm. Denn wie man vernimmt, ging man österreichischerseits von der gleich bei dem Beginne der hiesigen Verhandlungen von den österreichischen Sachverständigen ausgesprochenen Ansicht aus, daß, bevor die Situationen sämmtlicher deutschen Staaten zu dem von Dresden überkommenen Entwurf nicht deutlich von ihnen ausgesprochen seien, ein Auftreten Österreichs mit seinem neuen Tarife von ihm nicht als zulässig erachtet werden könnte. Österreich wünschte, daß Preußen sich offen über den Entwurf ausspreche, wie es sämmtliche Bundesstaaten bereits teils in Dresden infolge Plenardeschlusses vom 2. Mai, teils in Frankfurt infolge des Bundesbeschluß vom 9. August 1851 getan hatten, wenn auch nicht alle in einer dem Entwurf zustimmenden Weise wie Dänemark für Holstein, Braunschweig, Mecklenburg und Anhalt-Bernburg. Die betreffende Erklärung Preußens war es, deren man täglich in Wien hörte. Durch sie erwartete man in Wien in den Stand gesetzt zu werden, den noch daselbst weilenden Abgeordneten Dr. Hock mit dem nach ihrer Abgabe für die Frankfurter Erörterungen geeignet erscheinenden Material zu versetzen. Als jedoch diese Erklärung nicht abgegeben wurde, die Sachverständigen unterdessen in Frankfurt auf Grund der bereits vorliegenden Bemerkungen mehrerer Staaten die Arbeit einer Superrevision des Entwurfs beendet hatten, kam Herr Hock nach Frankfurt und erhielt den supercividic-

ischen. Es kommt lediglich darauf an, ob der sociale Philister in den Kaufmann gefasen ist oder nicht. Der Krammer lauft und verkauft für seinen Vorteil, der Kaufmann tut das nicht minder, aber er sucht seinen Vorteil nur da, wo dieser zugleich ein Vorteil der Corporation, des Standes, der Nation wird. Er hat ein sociales Interesse sogar im Geschäft. Die jetzt so landläufigen Grundsätze der Freihändler, daß der Kaufmann immer da einzukaufen mußte, wo er den billigsten Markt findet, das bei Geldsachen die Gewöhnlichkeit aufzuhören, sind Grundsätze der Krammer, nicht der Kaufleute. Es wird dem echten Kaufmann gegen das Gewissen laufen, aus Privateigennutz den Gewerbsfeind des Auslands zum Nachteil der heimischen industriellen Arbeit zu fordern, wie es einem rechtschaffenen Staatsmann gegen das Gewissen läuft, das Interesse des eigenen Landes an einem fremden Kabinett zu verraten. Darum fühlt sich aber auch der echte Kaufmann als Glied einer nationalökonomischen, einer politischen Macht. Vergleicht man die sozialen und nationalen Verdienste der meisten unseres sogenannten „ersten Hauses“ mit dem Wirken jener alten Handelsfürsten in den italienischen, deutschen und niederländischen Handelsstädten, dann merkt man erst, wie tief sich in der Zopfzeit der sociale Philister in unsern Kaufmannsstand eingewöhnt hat. Die Kunst jener alten Kaufleute, wie sie sich der Kunst und Wissenschaft zuwandte, ward zu einem Übelzeichen für dieselbe; wenn dagegen der moderne reiche Krammer Talent und Bildung „protegirt“, beleidigt er durch seine Gnadenhaft....

Das deutsche Philisterthum hat sich sogar einen eigenen Literaturzweig geschaffen, einer großen literar-historischen Gruppe seinen Stempel aufgeprägt. Diese Literatur des Philisterthums blühte in der Zeit vor der ersten französischen Revolution bis zu

den Befreiungskriegen, also gerade damals, wo alles öffentliche Leben in Deutschland so elend daneindrang. Ein Nachruhling stellt sich in der Restaurationszeit der zwanziger Jahre ein. Die Kugelm.-Islam.-Lafontaine'sche Schriftstellerrei zeigt uns überall den modernen Menschen losgelöst von seinen sozialen und politischen Beziehungen, die frivole Überhebung einer egoistischen Privatsekretär über den großen Verlust des Staats- und Gesellschaftsbedürfnis. Es ist der deutsche Philister, der aus diesen Werken spricht, und das Philisterthum hat sein Bild jubilant in ihnen wiedererkannt. Die Aufführung, welche der Deutsche den Franzosen abgeleert, aber zu eigenhümlicher Philisterhaftigkeit weitergebildet batte, nannte man wahnsinnig dominatorisch „bürgerlicher Tragödie“. Weil die darin auftretenden Personen nichts sind als nackte private Menschen, galten sie für „bürgerliche“ Personen. Was in der Stube spielt, darf auf dem Markt, den Schlafrost trug statt der Toga, bisch „bürgerlich“. Ich meine, darin lag wenigstens die Ahnung, daß der sociale Philister dem Bürgerthum angehöre. Es war der zuerst im Ästhetischen zum Bewußtsein gekommene sociale Instinct, welcher den heilen Streit zwischen der ehr bürgerhümlichen Schiller-Goethe'schen und jener philistinischen Richtung entzündet. Als Goethe am Abende seines Lebens zugab, daß man ihm gleich Blüthern ein Denkmal setzen möge, machte er den gerade für unsere Ansichtung so bezeichnenden Verdarauf:

„Der mögt mir immer ungescheut  
Gleich Blüthern Denkmal setzen:  
Bon Francojen hat er euch bestreit,  
Ich von Philister neigen.“

Man muß aber nicht glauben, daß die Literatur des Philisterthums mit ihren obengenannten Chorführern abgestorben sei. Sie

existiert auch heute noch, nur nicht mehr als eine so fest geschlossene Gruppe. Und das Terrain, welches der Philister auf der Bühne, in Romanen und Almanachen verloren hat (?), das hat er in der Journalistik reichlich wieder gewonnen. Es ist ein bemerkenswerthes Zusammentreffen, daß just in der Zeit, wo Kugelm. die deutsche Bühne beherrschte, auch der Begriff des „Publicum“ nicht mehr als eines geneigenden und lernenden, sondern als eines urtheilenden und belehrenden in Umlauf kam. Wie erwähnt schon oben, wie eng der Begriff eines „kritischen Publicum“ mit dem philistinischen Geiste der Massen zusammenhängt. Der Philister weiß Alles, entscheidet über Alles, denn da ihm die soziale Selbstbehauptung gebracht, so geht ihm auch gemeinlich die Bescheidung in den engen Grenzen eigener Berufstüchtigkeit ab. Der Dilettant und der Philister sind Geschwisterländer. Darum kannte das Mittelalter in seiner ökonomischen Beschränkung weder den kritischen Dilettantismus des Einzelnen, noch des Publicums. Der politisch Dilettantismus, den man neuerdings öfters als Volksbildung und als oberste Voraussetzung der Volkswirksamkeit bezeichnet hat, ist gar nichts weiter, als ein Ausdruck des sozialen Philisterthums. Namenslich bricht dieser philistinische Geist des Dilettantismus, dieser Glück eines alswiseen „Publicum“, immer da recht gross hervor, wo ganze Massen urtheilend und entscheidend auftreten. Man hat es in den letzten Jahren oft genug erfahren müssen, daß hundert gescheide Leute, wo sie sich im öffentlichen Leben als kritisches Publicum zusammenhatten, recht als ein einziger Esel urtheilten und handelten, während jeder von ihnen einzeln vielleicht ein ganz vorzügliches Votum abgegeben hätte. Will man diesen Glück des „Publicum“ von den Massen nehmen, so schaffe man wieder berufstüchtige und soziale gerechte

ein Entwurf seine Zustimmung. Mit weiteren Anträgen hervortreten, war er bei dem noch fortwährenden Auslaufe einer definitiven Erklärung Preußens nicht ermächtigt. Der Stand der Frage ließ sich in Folge also bezeichnen: Österreich wartete auf die definitive Erklärung Preußens. Preußen hätte gewünscht, von den weiteren handelspolitischen Absichten Österreichs Kenntnis zu besitzen, ehe es sich gleich den übrigen deutschen Regierungen über den revidierten Dresdner Entwurf ausspräche. Der Stand der Frage ist jetzt noch derselbe. Mit wohl begründeter Spannung darf man daher nur den Zeitpunkt des Ablaufs der vier Wochen entgegensehen, nach welcher Zeit sämtliche Regierungen durch Bundesbeschluß erfüllt worden sind, sich über den nun superrevidierten Entwurf aussprechen, welcher sich im Wesentlichen nicht von dem revidierten Dresdner Entwurf unterscheidet. — (Wie machen daraus aufmerksam, daß der vorstehende Artikel noch vor dem Bekanntwerden der Publication des österreichischen Bölltarifs in Frankfurt geschrieben ist. D. Red.)

\* Paris, 23. November. Heute um 12 Uhr fand, wie wir gestern mitgetheilt, die Medaillenverteilung an die Industrieaussteller bei der großen Londoner Ausstellung im Beisein des Präsidenten der Republik statt. In der Rede, die L. N. Bonaparte bei dieser Gelegenheit hielt, sagte er unter Anderm: „Kann ich in dem Augenblick, wo ich Sie durch eine nationale Belohnung kröne, vergessen, daß so viele Wunderwerke im Augenblick der Emeute begonnen und mitten in einer ohne Aufsehen bewegten Gesellschaft vollendet worden sind? Indem ich an die von Ihnen begangenen Hindernisse gedacht, habe ich mir gesagt: Wie groß würde diese Nation sein, wenn man sie ruhig atmen und von ihrem Leben leben lassen wollte. (Beifall). . . Angesichts also dieser unerwarteten Resultate muß ich wiederholen, wie groß sie sein könnte, die französische Republik, wenn es ihr erlaubt wäre, ihre wahren Geschäfte zu besorgen und ihre Institutionen zu verbessern, anstatt ohne Aufsehen gestört zu werden, auf der einen Seite von den demagogischen Ideen, auf der andern von den monarchischen Hingespinsten. (Donnerender Beifall.) Proclamieren die demagogischen Ideen eine Wahrschau? Nein! Sie verbreiten überall den Irrthum und die Lüge. Die Unruhe geht ihnen voran, die Entäuschung folgt ihnen, und die Hilfsmittel, um sie zu unterdrücken, sind ebenso viele Verluste für die dringenden Verbesserungen, für die Milderung des Elends. Was die monarchischen Hingespinsten betrifft, so hindern sie ohne die nämlichen Geschehnisse mit sich zu führen, ebenfalls jede ernste Arbeit. Man kämpft, anstatt vorwärts zu gehen. Man sieht Männer, ehemals eifrig Vertheidiger der Prærogative der königlichen Behörde, sich zu Konventionellen machen, um die aus dem allgemeinen Stinkrecht hervorgegangene Gewalt zu bekämpfen. Man sieht diejenigen, die am meisten gelitten durch die Revolutionen, eine neue hervorufen, und dieses zu dem einzigen Zweck, sich dem nationalen Willen zu entziehen und die Bewegung zu verhindern, welche die Gesellschaften einen ruhigen Lauf verfolgen lassen würde. — Diese Bewährungen sind unnötig. Alles, was in der Nothwendigkeit der Zeiten liegt, muß in Erfüllung gehen. Das Unnötige allein kann nicht mehr leben. Diese Ceremonie ist wiederum ein Beweis, daß, wenn gewisse Institutionen ohne Rückkehr fallen, diejenigen, die den Sitten entsprechend sind, den Angriffen des Meides und des Puritanismus entgehen. Sie alle, Söhne dieser neuen Gesellschaft, welche die alten Privilegien zerstört und als Princip die bürgerliche und politische Gleichheit proklamierte, sie sind alle solz, zu Rittern der Ehrenlegion ernannt zu werden.... Die Ruhe wird aufrecht erhalten werden. — Eine Regierung, die sich auf die ganze Masse des Volkes stützt, welche kein anderes Motiv, als das öffentliche Wohl kennt, und welche von jenem Glauben bestellt ist, der mittler durch alle Räume hindurch führt, selbst wenn es keinen Weg giebt; diese Regierung, sage ich, wird ihre Mission erfüllen, denn sie hat das Recht in sich, welches vom Volke kommt und die Kraft, die von Gott kommt.“

— Die endlich erfolgte Befreiung des Finanzministeriums wird als ein Anzeichen betrachtet, daß das jetzige Cabinet noch zu einiger Dauer bestimmt ist. Herr Casabianca, der vom Handelsministerium zu den Finanzen übergetreten ist, war Advocat der Familie Bonaparte gegen den Staatschaf, an den sie bekanntlich noch immer 100 Millionen zu fordern haben will. Dieser Umstand wird heute von den antimonarchistischen Journalen weitschauig ausgebaut. — Die „Union electorale“ hat nach Beendigung der vorbereitenden Wahlen den gewesenen Handelsgerichtspräsidenten Devinc als alleinigen Kandidaten der Ordinarienpartei auf-

fertigte Corporationen zunächst wider den Dilettantismus der Massen und in oberster Instanz wider den sozialen Phänotyp.

**Wissenschaft.** In einem neuen englischen noch nicht übersepten Werke des Missionärs J. B. Freeman: „einem Tagebuch über seine Reisen in Süd-Afrika“, finden sich über die Geographie dieser Länderstreifen sehr interessante und neue Mittheilungen, von denen diejenigen über den neuwestlichen See Ngami hier eine Stelle finden mögen. Der Name des Sees bedeutet „großes Wasser“; derselbe liegt unter 20° 20' S. Br. und 21° O. L., welche Position indes nicht völlig verbürgt ist. Der breite Theil des Sees — in dessen Nähe die Batuanas-Stadt — endet in einer Bucht von ungefähr 15 englischen Meilen im Durchmesser. Der Fluss Bouga, der periodisch steigt und fällt, ergiebt sich in den See, der, ungefähr 70 englische Meilen lang, sich nach NW. hinzieht und dort einen zweiten dem Bouga ähnlichen Fluss aufnehmen soll. Jenseits des Sees sollen — nach Angabe der Einwohner noch mehrere Flüsse fließen, welche sich nach NW. hin in den See ergießen.

\* Die in England von Sir Edward Bulwer Lytton im vorigen Jahre gestiftete „literarische Gilde“, welche den Zweck hat, alte und nobileste Schriftsteller und dramatische Künstler zu unterstützen und ihnen namentlich ein Asyl für die Tage der Not und des Alters zu stiften, hat ihre diejährigen Vorstellungen zu Bath eröffnet, und zwar wieder mit Bulwer's Komödie: *Not so bad as we seem*. Die Mitwirkenden sind die vorjährigen Dilettanten: Charles Dickens, Douglas Jerrold, John Forster u. c. Der Erlös ist ein reichlicher.

gestellt. Nur 15,137 Wähler haben an dem Vorseriuum Theil genommen, d. h. etwa 10 Prozent der, selbst nach dem Maigesetz eingeschriebenen, Wähler des Seinedepartements. — Auch der „Messager de l'Assemblée“ spricht heute von einer Amnestie, die aus Veranlassung des 10. December ertheilt werden soll, und zwar soll dieselbe so ausgedehnt sein, daß die republikanische Partei damit zufrieden sein würde.

— Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wird inmitten einer lebhaften, durch die heutige Rede des Präsidenten der Republik hervorgerufenen Auseinandersetzung eröffnet, die noch gezeigt wird, als der Quästor Boze, ein Papier in der Hand, die Zürung besteht. Es ist der „Moniteur“, der die gestrigen Erklärungen des Ministers de Thoigny über das vom „Constitutionnel“ angekündigte Complot mit einer wesentlichen Abänderung wiedergegeben hat. Auf Berry's direkte Interpellation hatte der Minister des Innern geantwortet: „Wenn in unserer Meinung ein Complot existiert hätte, so seien Sie gewiß ic.“ Im „Moniteur“ heißt es dagegen: „Wenn wie Beweise von der Existenz eines Complots in Händen gehabt hätten... (Unterbrechungen auf der Rechten) so seien Sie gewiß ic.“ Der Minister Lacrosse entgegnete in Abwehrheit seines Collegen: die Worte seien verschieden, der Sinn aber offensichtlich derselbe. Hierauf wird die Berathung über die Paris-Eloner Eisenbahn fortgesetzt, die indessen auch heute noch nicht beendigt werden kann.

— Granier de Cassagnac hat dem Repräsentanten Greton durch den Repräsentanten Berard eine Herausforderung zuschick, Greton jedoch den Brief unerwidern zurückgestellt. Es heißt, sein Sohn, einer der ausgezeichneten Böblinge der polytechnischen Schule, wolle sich für ihn schlagen.

— Der betreffende Ausschuß der Nationalversammlung hat sich heute nach Prüfung der ministeriellen Documente für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in den drei Departements: Ardèche, Charente und Nievre ausgesprochen.

— 26. November. (T. C. B.) Die Nationalversammlung hat heute beschlossen, die Paris-Eloner Eisenbahn durch den Staat weiter bauen zu lassen und zu diesem Zwecke 16 Millionen Franken votirt.

Aus Paris wird dem „Globe“ geschrieben: „Man weiß sehr bestimmt, daß der Präsident der französischen Republik, L. N. Bonaparte, nichts anderes erachtet, als das Consulat auf Lebenszeit, da er schriftlich genug ist, um zu wissen, daß das Kaiserthum sich nicht lange würde halten können. Er beabsichtigt keineswegs den Besitz eines Thrones, der, falls er nicht umgestürzt wird, jedenfalls bei seinem Tode auf ein unwürdiges Mitglied seiner Familie übergehen würde.“

Bрюssel, 25. November. (T. C. B.) Der Senat hat gestern den sehr wichtigen Artikel 11 des Gebäuergesetzes, welcher die unter Lebenden gemachten Schenkungen an religiöse Institute in Bezug auf den Steuerzah den gleichartigen testamentarischen Bezeugungen gleichstellt, mit 26 gegen 25 Stimmen verworfen.

Turin, 22. November. (T. D.) Die gestrige Diskussion über Bossierr's Interrégulationen war viel heftiger als jene in der vorigen Sitzung des Parlaments. Favore sprach zur vollen Befriedigung der Rechten, brachte die Debatte auf das politische Feld, indem er sie zu einer Gabinetsfrage umwandte, berührte sein Programm über zwei wichtige Punkte, nämlich die römische Angelegenheit und die Unterrichtsfreiheit, und verlangte zum Schluß entweder ein Misstrauens oder ein Vertrauensvotum. Nachdem er noch bezüglich der Marine und des Handels, und Farini bezüglich des öffentlichen Unterrichts neue Erklärungen gegeben hatte, ging die Kammer nach lebhaften, fast persönlichen Angriffen zwischen Bossierr und dem Minister Farini, mit sehr großer Majorität zur einfachen Tagesordnung über. Das Ministerium hat folglich einen entschiedenen Sieg davongetragen.

London, 20. Nov. (A. B.) Ein ungewöhnlicher Grad von Staunen und Aufregung wurde in der politischen Welt überhaupt, vor allem aber in den zunächst um die Regierung stehenden Kreisen durch die Veröffentlichung der Antwort hervorgerufen, welche Lord Palmerston auf gewisse Adressen gab, die ihm von den Londoner Districten Finsbury und Islington, in Bezug auf Rossuchs Freilassung, überreicht wurden. Die Sprache dieser Adressen war im höchsten Grade beleidigend und verleidet gegen die darin erwähnten fremden Mächte. Sie schrieben den ganzen in der Tücke zu Gunsten der Flüchtlinge gewünschten Einfluß dem Vord ausschließlich und persönlich zu, nicht der Königin von England oder ihrer Regierung. Die Deputation, welche diese Adressen überreichte, bestand aus dem gemeinen Krämervolke und den Radicalen der Vorstädte, wurde aber, gegen allen herbegebrachten Gebrauch, im Foreign Office empfangen, wo der Staatssekretär des Auswärtigen ihr in einer Art von Brandebude antwortete, welche alslogisch von Reporters niedergeschrieben und in die öffentlichen Blätter gesendet wurde. Die Rede, die Sie in den Londoner Blättern gefunden haben, ist eine offene Aufmunterung der revolutionären Partei des gesamten Kontinenten, sie giebt ihr die Sicherung, daß die britische Regierung eifrig bestrebt sei, die sogenannte „Nationalfreiheit“ zu unterstützen, sie appelliert gewissermaßen an die Volksmassen, sich auf die Regierung zu stützen in ihren Versuchen, die fremden Länder in Aufstand zu bringen. Es wird dies hier allgemein als die verlegendste Demonstration betrachtet, deren sich Lord Palmerston noch je schuldig gemacht, verlegend nicht bloss gegen fremde Regierungen, sondern gegen seine eigenen Collegen, wie gegen die wahren Interessen des Landes. Als man hier erfuhr, daß Rossuch höchst kommen und Volksovationen empfangen würde, sagten Lord John Russel und seine Collegen den dringenden Wunsch, daß das auswärtige Ministerium nicht in diese Absurditäten verwickelt werden möchte, und es wurden Maßregeln getroffen, um alle offiziellen Unzulänglichkeiten dieser Art zu verhindern. Es war übrigens bekannt, daß die ganze Volksdemonstration in den höchsten Regionen mit größtem Ver-

\*) Wie haben schon bei früheren Gelegenheiten darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Londoner Freunde mit diesem Zeichen von einem Engländer aus den höheren Gesellschaftsschichten kommen.

(Am. d. Red. d. A. B.)

druck angesehen wurde, umso mehr, als es schwer war, keine Paralle zu ziehen zwischen dem Empfang der Königin in Manchester wenige Wochen zuvor und diesen neuerlichen Huldigungen, die derselbe Pöbel einem Manne wie Ludwig Rossuth brachte. Indes war die Versuchung, um diesen läufigen Hauch von Popularität zu buhlen, für Lord Palmerston zu stark, als daß es möglich gewesen wäre, ihn im Zug zu halten.

Madrid, 20. November. (A. B.) Laut telegraphischer Depesche ist das Postdampfschiff „Fernando el Católico“ gestern Abends glücklich in Cadiz eingelaufen. Es überbringt dem Finanzminister bekanntlich 30 Millionen Realen, womit Bravo Murillo den Gehalt pro Octobre auszuzahlen will. — Marquez ist heute Nacht in Madrid eingetroffen.

Copenhagen, 24. November. Man liest in der „Berlingske Zeitung“: „Gestern Abend wurde wieder eine Versammlung des Staatsrats abgehalten und soviel wie vernommen, ist das Ministerium endlich zu einem Resultat über die Regulirung der Beziehungen der Herzogthümer gelangt. In wie weit dieser Plan sich durchführen läßt, wird theilweise auf der Aufnahme beruhen, den er bei den deutschen Großmächten finden dürfte. — „Dagbladet“ (früher „Middagsposten“) widerlegt die Angabe, daß das Ministerium das Wahlgesetz zu den Provinzialständen zu ändern gedenke; es werde vielmehr neue Wahlen nach der Verordnung vom 15. Mai 1834, höchstens mit Ausschließung der Bicameralstimme des Herzogs von Augustenburg, ausschreiben lassen.

Nach Berichten aus Port au Prince vom 23. v. M. hatte Kaiser Soultouque endlich, auf Englands und Frankreichs Forderung, einen einjährigen Waffenstillstand mit den Dominicanos geschlossen, auch sollen die Feindseligkeiten erst ein Jahr nach der Auffindung derselben wieder beginnen können.

### Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

† Dresden, 28. November. Die Berliner und Leipziger Eisenbahngleise sind heute wieder verspätet hier eingetroffen. Der gestern Nachmittag in Berlin abgegangene Zug langte erst heute Vormittag 9 Uhr, der heutige Leipziger Morgenzug statt 10 Uhr Mittags 1 Uhr an. Der heutige Berliner Frühzug aber, der in der Regel Mittags nach 12 Uhr ankommt, ist um 5 Uhr noch nicht eingetroffen. Wahrscheinlich trugt an diesen Verspätungen das eingetretene starke Tauwetter die Schuld. Wir haben hier seit heute Vormittag Regen, und die Straßen der Stadt, in denen noch immer große Schneemassen liegen, gewähren im Bezug auf die Passage in denselben ein sehr unfreundliches Bild.

† Dresden, 27. November. In der zweiten Hälfte des Monats Mai künftigen Jahres soll infolge eines Antrags sämtlicher landwirtschaftlicher Kreisvereine des Königreichs Sachsen und unter Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern allhier eine allgemeine landwirtschaftliche Ausstellung abgehalten werden, deren Dauer auf nur zwei Tage berechnet ist und die mit Prämiern, die in Ehrenauszeichnungen bestehen, sowie mit Belohnung anzukaufender landwirtschaftlicher Gegenstände verbunden sein wird. Aufgrund der vom Generalcomité erlassenen Bekanntmachung werden nur ausgezeichnete Leistungen aus dem Gesamtgebiete der landwirtschaftlichen Produktion sowie neue oder weniger bekannte oder in sonstiger Weise hervortretende Mittel zum vervollkommenen Betriebe der Landwirtschaft zugelassen und zwar aus dem Gebiete der Viehzucht: Pferde jeder Art und Geschlechts, sowohl zur Zucht als Arbeit; Rindvieh, sowohl fremde als eigene Schläge als im Lande gezüchtetes und Kreuzungen der ersten unter sich oder mit Landvieh; hiervon Molt, Mist, Zug- und Juchvieh. Schafe, und zwar seine, hauptsächlich zur Wollzüchtung oder mit besonderer Berücksichtigung der Fleischproduktion gezüchtet, auch große und Kreuzungen derselben unter sich oder mit ersten. Schweine, zur Zucht oder Mast, und zwar Landschweine, fremde Schläge und Kreuzungen derselben. Sonstige Thiere, soweit solche ausstellungswürdig erscheinen. Aus dem Bereich der Pflanzenwelt: Getreide, Hülsen- und Delffrüchte aller Art in Halm oder in Körnern, Knollengewächse, Handelspflanzen, insbesondere Flachs in seinen verschiedenen Bereitungsstadien, Tabak, Kartoffeln, Hopfen, Obst und Gemüse aller Art; Holz verschiedener Art. In Fabrikaten aus hierländischen landwirtschaftlichen Rohstoffen: Wein, Bier, Käse, Spiritus, Zigarren etc.; endlich landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge aller Art und Dungemittel. Für aufgestellte Thiere aus größerer Entfernung als 2 Meilen von hier wird eine billige Vergütung der Transportkosten und umgekehrtliche Lieferung des Grün- und Raufutters stattfinden. Die Anmeldungen zur Beteiligung werden von dem hierzu ernannten Generalcomité bis zum 1. März künftigen Jahres erfordert.

† Dresden, 27. November. In mehr als einer Beziehung möchte unter den geistigen Unterhaltungen, welche die Wintersaison bietet, der Cyclos von wissenschaftlichen Vorträgen, welchen der hiesige Verein fürs Leben diesen Winter im Hotel zum Goldenen Hirsch für den allgemeinen Nutzen eröffnet hat, die öffentliche Aufmerksamkeit verdienen. Schon die Vorträge des vergangenen Winters hatten eine nicht unbedeutende Teilnahme gefunden, das diesjährige Programm hat aber, wie sich erwartet, den Besuch so sehr vergrößert, daß fast zu wünschen, der Verein hätte eine etwas geräumigere Lokalität für sein so willkommenes Arrangement gewählt, als diesen an sich und in akustischer Hinsicht sonst recht gefälligen, aber doch etwas beschrankten Salons. Es gehört jedenfalls zu den erstenlichen Belangen der Zeit, das friedliche Bedürfnis nach wahrer Bildung, die Theilnahme an den Entwicklung der Tageswissenschaften, denen der Natur und Geschichte, durch Männer und Frauen aus sonst geschiedenen Kreisen der Gesellschaft vertreten zu sehen, die in mildrer Eintracht und lautloser Stille um einen erwählten Sprecher versammelt sind. Die Vortragssitzung eröffnete am 11. November Herr Director Kopp durch einen ebenso anregenden als durch Klärheit und Vollständigkeit sich auszeichnenden Vortrag über das Leben der Pflanze, und

